

Ein Beitrag von Alex Kohler, Themenbeauftragter Außenpolitik

NORD STREAM – DIE ISOLATION DEUTSCHLANDS DURCH UNVERANTWORTLICHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

7. AUGUST 2021



Ein Beitrag von Alex Kohler, Themenbeauftragter Außenpolitik

Das Ziel Deutschlands in seiner Außen- und Sicherheitspolitik sollte es in erster Linie sein, die Zusammenarbeit in diesem Bereich in Europa zu fördern und gemeinsame europäische Sicherheitsinteressen zu verfolgen. Das bedingt auch, Rücksicht auf seine EU-Partner zu nehmen. Vollmundig wird besonders bei der SPD und im SPD-geführten Außenministerium eine gemeinsame europäische Außenpolitik propagiert, das exakte

Außenministern eine gemeinsame europäische Außenpolitik propagiert, das exakte Gegenteil wird hier jedoch betrieben. Wie auch in anderen Bereichen, **in denen Resilienz gefragt ist** (<https://aussepolitik.piratenpartei.de/2020/07/08/resilienz-in-deutschland-und-europa/>) [1], wie dem Katastrophenschutz oder der Vorbereitung auf Pandemien, erwartet man von staatlicher Seite, dass Gefahren frühzeitig erkannt, vorausschauend agiert, und koordiniert mit Partnern Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Aktive Spaltung der EU

Exemplarisch kann bei einem Thema beobachtet werden, wie man von deutscher Seite aktiv an Möglichkeiten der Erpressbarkeit und der Spaltung selbst mitarbeitet – die Rede ist von dem Erdgaspipeline-Projekt Nord Stream. Jetzt fragt man sich:

- Was hat dieses, vor allem von SPD-Ministern, SPD-Landesregierungen (und ehemaligen SPD-Ministern und -Ministerpräsidenten) so hochgelobte, als Brücke und Friedensprojekt beworbene und bejubelte Projekt, mit so finsternen Worten wie Erpressungspotential zu tun?
- Warum baut man die Pipeline – bereits beginnend mit Nord Stream 2004 – in der Ostsee direkt zwischen Deutschland und Russland?
- Warum kann keine „Brücke“ über die Staaten Ost- und Zentraleuropas gebaut werden?
- Wieso nutzt man nicht die (seit den 70er Jahren) bestehenden Trassen und baut hier weitere Pipelines zur Kapazitätserweiterung, wenn dies tatsächlich notwendig wäre?
- Warum ist der Kreml an der Umsetzung dieses Projektes (seit 20 Jahren) so interessiert, dass alles getan wird, um es zu ermöglichen, und dafür ein Ex-Bundeskanzler und seine Partei-Seilschaften eingebunden werden?



Im Folgenden wird das etwas klarer. Die Kontrolle über Verkehrswege, Pipelines, auch Stromtrassen war schon immer eine Möglichkeit, politischen Einfluss zu nehmen, ganz nach dem alten – auch geopolitisch gültigen und angewandten – *divide et impera* (lateinisch: teile und herrsche). Nun fragt man sich, was hat eine Pipeline damit zu tun? Das ist leicht erklärt, indem man die Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland betrachtet und sich vor Augen führt, dass Nord Stream 2 (NS2) faktisch unsere ost- und zentraleuropäischen EU-Partner umgeht. Diese Pipeline gibt Russland die Möglichkeit, sehr große Gasmengen direkt nach Deutschland zu liefern. Die Lieferung ist zwar langfristig vielleicht nicht sinnvoll, aber Gas ist als Brücken-Energieträger eingeplant, um den Wegfall von Kohle bis 2037 und Atomenergie bis Ende 2022 zu kompensieren. Allerdings würde eine einseitige Abhängigkeit und eine „Brückensperrung“ – egal von welcher Seite – zu Herausforderungen für Deutschland führen. Zudem können die Gaslieferungen im Falle eines Konflikts von Kremlseite gezielt zur Spaltung der EU genutzt werden, indem man Deutschland exklusiv beliefert, seine osteuropäischen Nachbarn aber nicht. Besonders interessant wird es, wenn die Speicherkapazitäten (intensiv von Gazprom und anderen russischen Playern

aufgekauft bzw. durch Mehrheitsbeteiligungen kontrolliert) im Süden Deutschlands und angrenzend in Österreich aktuell fast leer sind und man kurzfristig größere

Mengen Gas benötigt. Tatsächlich ist der **Füllstand der Untertage-Erdgasspeicher in Deutschland und Österreich in diesem Jahr so niedrig wie noch nie** (<https://www.saurugg.net/2021/blog/krisenvorsorge/die-naechste-krise-bahnt-sich-an-gasversorgung-in-europa>) [2] – ein Schelm, wer Böses dabei denkt, besonders wenn man von russischer Seite keine Leitungskapazitäten durch die Ukraine und Belarus/Polen mehr für die nächsten Monate gekauft hat.

Geopolitische Kurzsichtigkeit & Seilschaften

Das Projekt NS2 wurde nach Vorplanungen 2014 von der Nord Stream AG gestartet und in Folge vom damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) (jetzt Chef der Atlantikbrücke) und seiner Nachfolgerin Brigitte Zypries massiv unterstützt. Es wurde von Anfang an, wie schon zuvor Nord Stream, als reines Wirtschaftsprojekt propagiert. Dies sah man in den Nachbarländern allerdings kritischer und versuchte, auf verschiedenen Wegen und Ebenen mit Deutschland ins Gespräch zu kommen, um auf die geopolitische und die monopolbildende Tragweite des Projekts hinzuweisen. Im Außenministerium wie im Wirtschaftsministerium stellte man sich taub, was nicht unbedingt **auf einen Mangel an Analysefähigkeit zurückzuführen ist** (<https://www.piratenpartei-nrw.de/2021/02/07/wegfall-von-sozialwissenschaften-schraenkt-interdisziplinaeres-denken-ein-kein-go-fuer-operation-leichtes-spiel/>) [3].

Hier muss es also direkt aus dem Bereich der dort installierten SPD-Seilschaften – früher Steinmeier, später Gabriel, heute Maas – theoretisch von oberster Ebene einen Maulkorberlass gegeben haben. Anders ist es faktisch nicht zu erklären, dass hier kein Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsprojekt und der geopolitischen und marktdominierenden „Waffe“ erkannt wurde, die den EU-Sicherheitsinteressen massiv schadet.

Zwei deutsche Ministerien arbeiteten von 2015 bis 2018 eng zusammen, um das Projekt auf Bundesebene zügig durchzupeitschen – unter der Leitung von Steinmeier, Gabriel, Zypries und später Maas – und stellten dabei auch entscheidende Weichen für die Energiewende, die im Kern auf der von der Nord Stream AG schon länger propagierten “Brückentechnologie” Erdgas und damit einer Versorgungsabhängigkeit von NS2 basiert. Seitens der Nord Stream AG wurde das Projekt durch den seit 2006 als Vorsitzenden des Aktionärsausschusses der Nord Stream AG (ab 2016 auch Vorsitzender des Verwaltungsrates der Nord Stream 2 AG) fungierenden Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder (den nach eigener Darstellung eine starke Männerfreundschaft mit dem russischen Präsidenten verbindet) als Steuermann lobbyiert, promotet und koordiniert. EU-Partner wie Polen meldeten (ab Ende 2015) frühzeitige Bedenken an und suchten zunächst das Gespräch. Seitens der Bundesregierung stellte man sich konsequent taub, verwies auf den vorgeblich rein wirtschaftlichen Charakter des Projektes und torpedierte somit jede Möglichkeit, die geopolitischen Risiken des Projektes zu begrenzen oder gar zu entschärfen. Zudem

geopolitischen Risiken des Projektes zu begrenzen oder ganz zu entscharren. Zudem wurde von deutscher Seite ein polnisches Projekt behindert, das es Polen ermöglicht hätte, über Deutschland Gas, u.a. von NS2 zu beziehen und dafür eine bestehende Leitung auszubauen. Polen blieb somit nur die Möglichkeit, Kartellverfahren einzuleiten und vor dem EuGH Klage einzureichen; Deutschland erlitt in diesem Verfahren eine herbe Niederlage; **am 15.07.2021 lehnte der EuGH auch die von Deutschland eingereichten Rechtsmittel ab** (<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07/cp210129de.pdf>) [4].

So manifestiert sich die den Unionsorganen und den Mitgliedstaaten obliegende Pflicht, beim Erlass von Maßnahmen betreffend den Erdgasbinnenmarkt den Grundsatz der Energiesolidarität zu berücksichtigen, indem sie u. a. für die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit der Union Sorge tragen, dadurch, dass sowohl Maßnahmen für Notfallsituationen als auch vorbeugende Maßnahmen erlassen werden. Die Union und die Mitgliedstaaten müssen bei der Ausübung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten in diesem Bereich die betroffenen Energieinteressen abwägen und Maßnahmen vermeiden, die die Interessen der möglicherweise betroffenen Akteure in Bezug auf die Sicherheit und die wirtschaftliche und politische Tragbarkeit der Versorgung sowie die Diversifizierung der Versorgungsquellen beeinträchtigen könnten, um ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und faktischen Solidarität Rechnung zu tragen.

Quelle: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07/cp210129de.pdf>

Die sturen Handlungen der deutschen Regierung gegen EU-Sicherheitsinteressen (was durch Beschlüsse des Europäischen Parlamentes bestätigt wurde) grenzen an Heuchelei. Einerseits gibt man sich europäisch, auf der anderen Seite pflegt man Seilschaften, handelt offenkundig kurzsichtig und verweigert EU-Partnern und Nachbarn den Dialog.

Krieg ist Frieden bei der SPD

Besonders interessant wird es, wenn man sich ansieht, mit welcher Hingabe SPD-Politiker wie beispielsweise Matthias Platzeck, der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg und auch mitverantwortlich für das Flughafendebakel in Berlin, oder die jetzige Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig und ihr Vorgänger im Amt als Regierungschef in Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, oder aber der jetzige sehr geschätzte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (in der Entscheidungsphase von NS2 Außenminister) **in höchsten Tönen NS2 als Friedensprojekt bejubeln** (<https://www.cicero.de/aussenpolitik/interview-bundespraesident-steinmeier-nord-stream-2-ukraine/plus>) [5]. Das Gegenteil ist der Fall, wenn man sich die Fakten genauer anschaut. Wie zuvor erläutert, wurde von den EU-Partnern in Osteuropa auf jeglicher Ebene moniert, dass sie eine geopolitische Waffe zur Spaltung Europas fürchten. Entschärfungsversuche sowohl diplomatisch als auch durch vorgeschlagene bauliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit der osteuropäischen Partner, wurden von Seiten der SPD-Ministerien – so wirkt es jedenfalls auf Partner im Baltikum, Polen, Tschechien und weiteren verbündeten Ländern – aktiv blockiert. Auch auf einer anderen Ebene wirkt das Friedensprojekt eher wie eine Analogie zum Roman 1984, in dem der Ausdruck „Krieg ist Frieden“ geprägt wurde.

Man kann Russland sein Handeln wirklich nicht vorwerfen; Russland setzt klar auf Real- und Geopolitik und nutzt **in der Tradition von Carl Schmitt** (<https://www.deutschlandfunk.de/macht-und-recht-versuch-ueber-das-denken-carl->

[schmitts.1184.de.html?dram:article_id=439014](https://www.piratenpartei.de/2021/08/07/nord-stream-die-isolation-de.../schmitts.1184.de.html?dram:article_id=439014)) [6] jede sich bietende Möglichkeit, **um sein Einflussgebiet zu erweitern und zu festigen**

[\(https://aussepolitik.piratenpartei.de/2020/07/14/nach-volksabstimmung-in-russland-ein-paar-karat-schwerer-und-schaerfer-der-lupenreine-demokrat/\)](https://aussepolitik.piratenpartei.de/2020/07/14/nach-volksabstimmung-in-russland-ein-paar-karat-schwerer-und-schaerfer-der-lupenreine-demokrat/) [7] .

Unabhängig davon, ob das Vorgehen von deutscher Seite Einfältigkeit oder Absicht war, so hat NS2 jetzt substanzielles Potenzial, die Spaltung der EU (weiter) zu betreiben und eine Einmischung von Deutschland in Konflikte in Gebieten, in denen Russland Hegemonieansprüche stellt, auf Seiten der EU zu verhindern – Deutschland als EU- und NATO-Partner also quasi zu neutralisieren. Wenn der Winter naht, ist man sich in Deutschland gewiss selbst am nächsten. Was interessieren da die Länder in Ost- und Zentraleuropa, wenn man über die Friedensbrücke North Stream 2 Gas beziehen und in der warmen Stube sitzen kann. Natürlich kann man diese Option von russischer Seite sicher einmal nutzen; besonders in Kombination mit sehr leeren Erdgasspeichern.

Interessant wird es auch, wenn man sich die zeitlichen Zusammenhänge zwischen dem Beginn des Ukraine-Krieges 2014 und dem offiziellen Projektstart von NS2 2015 anschaut. Gelegenheit macht Diebe, aber was interessiert die SPD die Stabilität Europas oder die Glaubwürdigkeit Deutschlands, wenn dem Genossen die Wirtschaftsinteressen so nah sind. Normalerweise müsste Deutschland gerade jetzt für unsere osteuropäischen Nachbarn – aufgrund unserer Geschichte – **der zuverlässigste Partner sein** (<https://aussepolitik.piratenpartei.de/2021/04/12/warum-deutschland-und-die-eu-es-sich-nicht-leisten-koennen-im-ukraine-konflikt-neutral-zu-bleiben/>) [8]. Die Zielsetzung Russlands müsste eigentlich allen Beteiligten schon im Jahr 2000 klar gewesen sein, **als der damalige Vorstandsvorsitzende von Gazprom Rem Wjachirew sagte** (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-handelsstreit/schon-die-sowjetunion-lieferte-zuverlaessig-gas-15693414.html>): „Ich werde die Pipeline zur Umgehung der Ukraine fertig stellen, noch während ich lebe.“ (er meinte damals das gesamte Projekt – Nord Stream und Nord Stream 2) [9].

Die aktuelle Lage

Eine Leitung von NS2 ist seit Juni 2021 fertig gestellt, die zweite Leitung soll im September fertig werden, die letzten Kilometer Rohr werden in der Ostsee verlegt. Damit ist das Projekt fast fertiggestellt und Putin drohte der Ukraine bereits im Juni auf dem Petersburger Wirtschaftsforum – unter reger Beteiligung von Persönlichkeiten aus der deutschen Wirtschaft und Politik. Zudem droht der Kreml jetzt offen anderen, **beschwört die Vereinigung mit der Ukraine** (<https://www.fr.de/politik/putin-droht-kiew-per-aufsatz-90859088.html>) (also deren Anschluß) [10] und stimmt Militär und Bevölkerung auf einen möglichen militärischen Konflikt ein. Denn die Zielsetzung, das Zerbrechen der Sowjetunion zu revidieren und Russlands Grenzen, zumindest den hegemonialen Einfluß, wieder auf die „alten“ Grenzen des russischen Imperiums auszudehnen, erscheint tief in den Zielen des Kreml verankert. Dabei dürfte auch die Erkenntnis, dass man sich nur zusammen mit den Ressourcen der Ukraine und anderer Ländern in der Lage sieht, den sich abzeichnenden Herausforderungen durch China gewachsen zu sein. mit eine Rolle spielen. Natürlich möchte man auch (wieder) eine

geopolitische Pufferzone gegenüber dem Westen etablieren, welche man verloren glaubt. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass seitens des Kreml schon länger ein strategisches Erpressungspotential gegen Deutschland aufgebaut wird, um es für politischen Druck gegen Deutschland und gleichzeitig Schwächung der westlichen Nachbarn Russlands zur Durchsetzung seiner Interessen einzusetzen. Dies wird deutlich, wenn wir uns eine Situation vor Augen führen, bei der unsere östlichen Nachbarn in Polen, Tschechien, dem Baltikum aber auch der Ukraine gezielt von der Belieferung ausgeschlossen werden, während Deutschland gezielt weiter beliefert wird. Früher saß man in einem Boot und war gezwungen und auch gewillt, gemeinsam mit den anderen betroffenen Ländern im Ernstfall Druck auf Russland auszuüben. Mit NS2 kann und wird man sich bei einer Warnung aus Moskau gepflegt zurückhalten. Verbunden mit der Kontrolle über Gasspeicher könnte Russland also ein erhebliches Erpressungspotential aufbauen. Seit dem Kaukasus-Krieg 2008, ganz deutlich seit der Krim-Annexion 2014, ist erkennbar, dass der Kreml bereit und gewillt ist, die Durchsetzung seiner geopolitischen Interessen konsequent und gezielt unter Einsatz all seiner verfügbaren Mittel zu betreiben. Auch verbal lassen Regierungsmitglieder und offizielle Vertreter aus Moskau keine Zweifel an den Zielen aufkommen. Die Gasspeicher sind leer, die Leitungen werden gekappt, der Winter steht an und die Bevölkerung könnte nicht heizen oder müsste gar kalt duschen. Eine Bundesregierung würde hier recht vorsichtig sein, wenn die warme Dusche wegfallen würde, aber man könnte ja auch die Hände in Unschuld waschen: das hätte ja niemand ahnen können. Aktuell hat Gazprom auch keine Leitungskapazitäten für die Durchleitung von Erdgas durch die über Belarus/Polen und die Ukraine laufenden Gasleitungen für das 4. Quartal 2021 und die ersten drei Quartale 2022 gebucht (!!)- wir können uns also schon einmal darauf einstellen, was auf uns zukommen kann. Die derzeitige Bundesregierung wird dann übrigens nicht mehr im Amt sein.

Falls Russland tatsächlich beabsichtigt, den Anschluss der Ukraine oder ein Teilen der Ukraine erzwingen zu wollen [8], um dem Ziel, Russland in den alten Grenzen der Sowjetunion wiederherzustellen bzw. jenen Bereich zu kontrollieren, näher zu kommen, so sind Androhung oder gar Einsatz der vorbeschriebenen Machtinstrumente gewiss nicht unwahrscheinlich.

Partnerschaft in Europa

Deutschlands Partner und Nachbarn in Ost- und Zentraleuropa müssen es wirklich mit der Angst zu tun bekommen. Nicht nur ihre geografische und historische Wahrnehmung ist durch die Tatsache geprägt, dass sie immer wieder zwischen Deutschland/Österreich/Preussen einerseits und Russland andererseits zerrieben, zerteilt und verkauft wurden. Auch die aktuellen „Brückenbau“-Aktionen, ergänzt durch eine sich über 10 Jahre fluktuierend doch stetig entwickelnden Appeasementpolitik im Angesicht einer sich steigerndem Aggression des Kremls gegenüber unseren Nachbarn (aber auch den Menschen in Russland), die faktisch dem Kreml in die Hände spielt, steigert gewiss nicht das Vertrauen bei unseren östlichen Nachbarn in die Zuverlässigkeit Deutschlands. Besonders dann nicht, wenn Berlin

immer wieder den Dialog mit Russland sucht, gleichzeitig aber einen Dialog mit unseren direkten Nachbarn und Partnern – zumindest bezüglich NS2 (und Energieversorgung) – konsequent verweigert oder sie mit freundlichen Gesten zu versichern versucht. Ob es nun Absicht oder nur Unfähigkeit und grobe Fahrlässigkeit ist, all dies hat stark mit zu dem derzeitigen Tiefpunkt im Ansehen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Osteuropa beigetragen. Es sollte daher nicht verwundern, wenn im Ausland eine bewusste Zusammenarbeit der genannten beteiligten SPD-Minister mit dem Kreml befürchtet wird; ein Misstrauen, das bisher nachvollziehbar den Parteien am linken oder rechten Rand vorbehalten war.

Gewiss denkt man im Ausland auch gleich über Korruption, mafiöse Strukturen und alte DDR-Seilschaften nach, wenn man sich die Gemengelage anschaut. Besonders nach dem Aussenministertreffen des Europarates in Helsinki am 17. Mai 2019 verfestigte sich der Eindruck bei unseren östlichen Nachbarn, dass sie verkauft würden. Dort wurde die von Deutschland initiierte und maßgeblich durch Aussenminister Maas lobbyierte Rückgabe des Stimmrechtes an Russland im PACE (parlamentarische Versammlung des Europarates) **gegen die Stimmen der östlichen Nachbarn Deutschlands und anderer Staaten beschlossen** (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/europarat/russland-europarat-maas/2177470>) [11]. Der Europarat hatte Russland das Stimmrecht in Folge der Krim-Annexion und der Unterstützung der Abspaltung der Ostukraine (Ukraine-Krieg) 2014 entzogen. Mit Rückgabe des Stimmrechtes im PACE wurde Russland von Deutschland und seinen Unterstützern signalisiert, dass man sich mit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass zumindest in Berlin de facto abgefunden hat.

Zudem wurde der aktuelle NS2 Deal zwischen Deutschland und den USA, der vorgeblich ausgehandelt wurde, um die Sicherheitsinteressen der Ukraine zu berücksichtigen, in Deutschland als Erfolg der deutschen Aussenpolitik gefeiert – von unseren Verbündeten wird er hingegen als Sieg Russlands verstanden. Weder die Ukraine, noch unsere östlichen Nachbarn, wurden in die Verhandlungen einbezogen – sie wurden auch hier bewusst von Berlin aussen vor gelassen. Tatsächlich wurde die Ukraine vor jeglicher Kritik an dem Deal mit dem deutlichen Hinweis, dass dies die für die Ukraine vereinbarten Sicherheiten und Kooperationsangebote im Bereich von Technologien für den Klimawandel und Einbindung der Ukraine in europäische Energienetze gefährden würde, gewarnt. Damit es überhaupt zu dem Deal kam, musste Deutschland von den USA faktisch gezwungen werden, Zugeständnisse an die Ukraine zu machen. Bei der Vereinbarung handelt es sich noch nicht einmal um einen international bindenden Vertrag, tatsächlich einforderbare Sicherheiten werden der Ukraine damit nicht gewährt. Ob die vereinbarten Zugeständnisse an die Ukraine im Fall einer Eskalation des Konfliktes mit Russland von deutscher Seite auch eingehalten würden, ist wieder eine andere Frage. So klingt der Satz „... deswegen werden wir vielleicht – im Kontext mit dem „Green Deal“ – mehr Gas von anderen Ländern wie der Sowjetunion benötigen“, den Dr. Altmeier als Wirtschafts- und Energieminister auf einer Pressekonferenz am 7. Juli 2020 sagte, fast prophetisch. Auch wenn es

einer Pressekonferenz am 7. Juli 2020 sagte, fast prophetisch. Auch wenn es offensichtlich ein Versprechen war, so zeigt es doch, was ihm seine SPD-Vorgänger in Sachen Energiepolitik und NS2 bei Amtsübernahme 2018 hinterlassen haben. Damit verdeutlicht NS2 das allgemeine und systematische Versagen der drei letzten Regierungen Merkels, insbesondere im Außen-, Wirtschafts- und Energie- sowie Finanzministerium in den Bereichen Energiewende, Klimaschutz, europäische Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität in Europa, Menschenrechten sowie Außen- und Sicherheitspolitik – wobei die Hauptakteure aus dem Kreis der SPD bzw. deren direkten Umfeld stammen. Und dass Bundeskanzlerin Merkel es bewusst mitgetragen hat. **Botschafter Wolfgang Ischinger merkte am 22.07.2021 an (<https://twitter.com/ischinger/status/1418149011312291843>)**, dass er über den Vertrauensverlust bei Partnern und Nachbarn stark verunsichert sei, dass diese einen seit 1990 noch nie dagewesenen Tiefpunkt in der deutschen Ostpolitik darstelle [12].

Wir PIRATEN stehen hier aber ganz klar in Opposition zu solchen Machenschaften, denn wir stehen zu unseren osteuropäischen Nachbarn. So unterstützen wir auch unsere Kollegen in z.B. der tschechischen Piratenpartei, denn das Sicherheitsinteresse Tschechiens oder Polens oder anderer Partner ist auch das Sicherheitsinteresse der Piratenpartei Deutschland. Wir sind die erste Partei mit einem gesamteuropäischen Wahlprogramm und leben Europa.

Und im übrigen bin ich der Ansicht, dass die SPD keinerlei Positionen mit Bezug zu Außen- und Sicherheitspolitik besetzen sollte. Selbst 5 % sind zu viel für eine Partei, die so dermaßen europäische Sicherheitsinteressen und Werte systematisch untergraben und verraten hat. Deutschland wirkt von außen wie eine korrupte Bananenrepublik. Wenn man sich vielleicht noch bei den im Nawalny-Video gezeigten Machtstrukturen Russlands Gedanken machen würde, würde auch auffallen, dass diese ziemliche Übereinstimmungen und Verflechtungen auf deutscher Seite haben. Es wird sich zeigen, dass diese sich bestimmt bis zu Nord Stream 2 fortschreiben lassen, denn die Protagonisten gleichen sich.

Quellen:

- [1] <https://aussepolitik.piratenpartei.de/2020/07/08/resilienz-in-deutschland-und-europa/> (<https://aussepolitik.piratenpartei.de/2020/07/08/resilienz-in-deutschland-und-europa/>)
- [2] <https://www.saurugg.net/2021/blog/krisenvorsorge/die-naechste-krise-bahnt-sich-an-gasversorgung-in-europa> (<https://www.saurugg.net/2021/blog/krisenvorsorge/die-naechste-krise-bahnt-sich-an-gasversorgung-in-europa>)
- [3] <https://www.piratenpartei-nrw.de/2021/02/07/wegfall-von-sozialwissenschaften-schraenkt-interdisziplinaeres-denken-ein-kein-go-fuer-operation-leichtes-spiel/> (<https://www.piratenpartei-nrw.de/2021/02/07/wegfall-von-sozialwissenschaften-schraenkt-interdisziplinaeres-denken-ein-kein-go-fuer-operation-leichtes-spiel/>)

- [4] <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07/cp210129de.pdf> (<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07/cp210129de.pdf>)
- [5] <https://www.cicero.de/aussenpolitik/interview-bundespraesident-steinmeier-nord-stream-2-ukraine/plus> (<https://www.cicero.de/aussenpolitik/interview-bundespraesident-steinmeier-nord-stream-2-ukraine/plus>)
- [6] https://www.deutschlandfunk.de/macht-und-recht-versuch-ueber-das-denken-carl-schmitts.1184.de.html?dram:article_id=439014 (https://www.deutschlandfunk.de/macht-und-recht-versuch-ueber-das-denken-carl-schmitts.1184.de.html?dram:article_id=439014)
- [7] <https://aussenpolitik.piratenpartei.de/2020/07/14/nach-volksabstimmung-in-russland-ein-paar-karat-schwerer-und-schaerfer-der-lupenreine-demokrat/> (<https://aussenpolitik.piratenpartei.de/2020/07/14/nach-volksabstimmung-in-russland-ein-paar-karat-schwerer-und-schaerfer-der-lupenreine-demokrat/>)
- [8] <https://aussenpolitik.piratenpartei.de/2021/04/12/warum-deutschland-und-die-eu-es-sich-nicht-leisten-koennen-im-ukraine-konflikt-neutral-zu-bleiben/> (<https://aussenpolitik.piratenpartei.de/2021/04/12/warum-deutschland-und-die-eu-es-sich-nicht-leisten-koennen-im-ukraine-konflikt-neutral-zu-bleiben/>)
- [9] <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-handelsstreit/schon-die-sowjetunion-lieferte-zuverlaessig-gas-15693414.html> (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-handelsstreit/schon-die-sowjetunion-lieferte-zuverlaessig-gas-15693414.html>)
- [10] <https://www.fr.de/politik/putin-droht-kiew-per-aufsatz-90859088.html> (<https://www.fr.de/politik/putin-droht-kiew-per-aufsatz-90859088.html>)
- [11] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/europarat/russland-europarat-maas/2177470> (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/europarat/russland-europarat-maas/2177470>)
- [12] <https://twitter.com/ischinger/status/1418149011312291843> (<https://twitter.com/ischinger/status/1418149011312291843>)

SCHLAGWORTE • AUSSENPOLITIK • ENERGIE • GAS • GEOPOLITIK • KORRUPTION • NORD STREAM 2 • ÖL • OSTPOLITIK • POLEN • RUSSLAND • SPD • TSCHECHIEN •

UKRAINE

QUELLE: • <https://aussepolitik.piratenpartei.de/2021/08/04/die-isolation-deutschlands-durch-unverantwortliche-aussen-und-sicherheitspolitik/>

5 KOMMENTARE ZU “NORD STREAM - DIE ISOLATION DEUTSCHLANDS DURCH UNVERANTWORTLICHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK”

Christoph Berger

8. August 2021

1. Interessant, dass ihr euch lieber der Erpressung durch das so vehement deutschfeindliche wie russlandfeindliche Kaczynski Regime in Polen oder durch die ebenso russlandfeindliche Ukraine als Durchleitungsländer aussetzen wollt, als die seit ungefähr 50 Jahren zuverlässigen Energielieferbeziehungen zu Russland auszubauen und gegen Erpressungen seitens der Durchleitungsländer abzusichern.

2. Angesichts der vielfältigen Lieferquellen für Erdgas nach Europa und des dazu passenden Verbundnetzes stellt sich die Frage, wer bei den Erdgaslieferungen aus Russland am längeren Hebel sitzt, Russland oder Deutschland? Deutschland kann auf russisches Gas notfalls verzichten, Russland braucht die Einnahmen aus den Gasverkäufen dringend. Das nennt ihr verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik?

Alexander Kohler

9. August 2021

Zu 1. – Polen und die Slowakei haben seit der Eröffnung der Jamal-Gaspipeline 1999 (volle Transportkapazität wurde erst 2006 nach Planungsbeginn von Nord Stream erreicht!) zuverlässig durchgeleitet. Auch die Ukraine hat durch die Sojus und die Transsibirische Pipeline seit den 70er bzw. 80er Jahren (abgesehen von technischen Störfällen) zuverlässig durchgeleitet. Wenn eine Seite seit über 20 Jahren – trotz bestehender vollkommen ausreichender Durchleitungskapazitäten – bemüht ist, Untertage-Erdgasspeicher und die Lieferung/Transportwege zu monopolisieren dann sind das Gazprom (Geschäftspolitik) eng verbunden mit den geopolitischen Ambitionen des Kreml.

Die Regierungen in Polen, den baltischen Ländern, Tschechien, der Slowakei wie auch in der Ukraine sind rechtmäßig gewählt. Sie bieten Deutschland seit Beginn des Nord Stream 2 Projektes die Zusammenarbeit für Lösungen im Sinne einer wirklich CO₂-neutralen Energiewende und einer sicheren, diversifizierten und dem Grundprinzip der europäischen Energieversorgungssolidarität entsprechenden Energieversorgung und -speicherung an. Bislang war es die Bundesregierung – maßgeblich vertreten durch SPD-geführte Ministerien, in die die Zuständigkeiten fallen bzw. fielen – die konsequent die Gesprächsangebote aus nicht

nachvollziehbaren Gründen abgelehnt/verweigert hat und damit strikt gegen den europäischen Gedanken auch gegen ein schnelles, gemeinsames Erreichen der Energiewende gehandelt hat.

Zu 2. Die Einnahmen Russlands aus Gasverkäufen sind nicht gefährdet solange der Kreml die territoriale, wirtschaftliche und innenpolitische Integrität der europäischen Partner und Nachbarn Deutschlands nicht angreift oder gar verletzt oder versucht, seine derzeitige Position zur Durchsetzung von Zielen, die der europäischen Solidarität bei der Energieversorgungssicherheit widersprechen, zu nutzen. Deutschland ist derzeit (noch) von der Lieferung von russischem Erdgas abhängig. Die Infrastrukturen für die Lieferungen aus anderen Quellen sind (zumindest in diesem Winter) unter Berücksichtigung des niedrigen Füllstandes der Zwischenspeicher noch nicht ausreichend vorhanden. Deutschland muss gemeinsam mit allen Ländern in Europa Lösungen für eine Energiewende erarbeiten, die die Abhängigkeit von Erdgas verringern, wenn möglich Erdgas als Brücken-Technologie gar nicht erst erfordern.

Zudem ist die Insinuation von möglichen Erpressungsversuchen durch Deutschlands europäische Partner und Nachbarn eine Invertierung der Realität, ein offensichtlicher Versuch, Zwiespalt zwischen Deutschland und seinen Nachbarn und Partnern zu schüren, eine erfolgreiche europäische Energiewende zu behindern und zu verhindern, dass die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas schnell reduziert wird.

Leonard Schiff

10. August 2021

In dem Artikel steht

„So klingt der Satz „... deswegen werden wir vielleicht – im Kontext mit dem „Green Deal“ – mehr Gas von anderen Ländern wie der Sowjetunion benötigen“, den Dr. Altmeier als Wirtschafts- und Energieminister auf einer Pressekonferenz am 7. Juli 2020 sagte, fast prophetisch.“

Ganz sicher, dass er „Sowjetunion“ gesagt hat, nicht „Russland“? Die Sowjetunion gab's ja nun 2020 nicht mehr. War das ein freudscher Versprecher oder falsch abgetippt? Ich find das Zitat spontan nicht im Netz.

Grüße

Alexander Kohler

10. August 2021

Hallo Leonhard,
diese Pressekonferenz wurde medial sehr intensiv betrachtet, aufgrund der Verwendung des Begriffs SU, hier noch ein Beispiel:

der Verwendung des Begriffs SO. Hier noch ein Beispiel :

<https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/peter-altmaier-cdu-will-mehr-erdgas-aus-der-sowjetunion-0839962807.html>

(<https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/peter-altmaier-cdu-will-mehr-erdgas-aus-der-sowjetunion-0839962807.html>)

Alexander Kohler

13. August 2021

Ja er hat tatsächlich Sowjetunion gesagt, dies wurde umfangreich aufgegriffen medial. Zum Beispiel: <https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/peter-altmaier-cdu-will-mehr-erdgas-aus-der-sowjetunion-0839962807.html> (*<https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/peter-altmaier-cdu-will-mehr-erdgas-aus-der-sowjetunion-0839962807.html>*)

Oder

<https://www.heise.de/tp/news/Mehr-Gas-aus-der-Sowjetunion-4837804.html> (*<https://www.heise.de/tp/news/Mehr-Gas-aus-der-Sowjetunion-4837804.html>*)

Kommentare sind geschlossen.

◀ Vorheriger Beitrag Nächster Beitrag ▶



Alex Kohler

Themenbeauftragter für Außen- & Sicherheitspolitik



Sende eine **SMS** mit dem Wort

PIRATEN

an die **81190**

Der Betrag ist 5 Euro. Davon kommen uns 4,83€ zu Gute.

Topthemen

#SaveYourInternet Anonymität Artikel 13 Asyl Bundesverfassungsgericht Cannabis COVID19 Daniel Mönch **Datenschutz** Demokratie Demonstration Digitalisierung EU EU-Kommission EU-Urheberrechtsreform EU-Wahl 2019 Europa Europäischer Gerichtshof Freiheit Grundrechte Klimaschutz **Menschenrechte** Migration Netzpolitik **Patrick Breyer** Pflege Polizei Pressefreiheit Privatsphäre Sandra Leurs Sebastian Alscher Sicherheit Teilhabe Thomas de Maizière **Transparenz** Umweltschutz Uploadfilter Urheberrecht Urheberrechtsreform Verbraucherschutz Vorratsdatenspeicherung Wahlkampf Whistleblower Zensur **Überwachung**





Piratenpartei Deutschland

Copyright © 2022 Piratenpartei Deutschland.

Powered by WordPress.

Theme: Pirate Rogue von xwolf .

Folge uns:

 Twitter (<https://twitter.com/Piratenpartei>)

 Facebook (<https://www.facebook.com/Piratenpartei>)

 YouTube (<https://www.youtube.com/user/piratenpartei>)

 Instagram (<https://www.instagram.com/piratenpartei/>)

 Flickr (<https://www.flickr.com/photos/piratenpartei/albums>)